

Masterplan wird überarbeitet und angepasst – Staatsregierung arbeitet auf Hochtouren

Bereits im Jahr 2018 informierte ich darüber, dass wir entsprechend den öffentlichen Verlautbarungen der Staatsregierung von der Erarbeitung eines ersten Masterplanes erfahren hatten. Zugleich meinte ich, dass jeder Bürger guten Willens verfolgen konnte, dass die Regierung unter dem Motto „Wir haben verstanden“ vieles anders und besser machen will.

Nun wissen wir alle, dass nur Taten oder das praktische Handeln ein Wert an sich ist. Oder wie ein bekannter Philosoph schon feststellte: „Die Praxis ist das Kriterium der Wahrheit.“

Ich glaube, dass die vergangenen Monate auch gezeigt haben, den Verantwortungsträgern ist klar geworden, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben durfte. Dieser erste Masterplan beschäftigte sich also, so wie wir im vorigen Jahr berichteten, mit den ganz großen „Baustellen“, wie zum Beispiel der Frage eines nachhaltigen Einstellungskorridors bei der Polizei, der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2019/2020, einschließlich der mittelfristigen und langfristigen Planung bis 2030, der Lösung und nachhaltige Umsetzung der Liegenschaftsproblematik in diesem Zusammenhang bis hin zur Neuausrichtung und Ausgestaltung der Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst. Die bisherigen Umsetzungsmaßnahmen konnte jeder der es wollte in den Medien oder auf unserer Internetseite verfolgen. Ich meine, die bisherigen Maßnahmen waren erste wichtige und richtige Meilensteine für eine neue Sicherheitspolitik.

In den letzten Tagen erfuhren wir als Gewerkschaft der Polizei Sachsen, dass der Masterplan nun nochmals

überarbeitet und angepasst wird. Getreu dem Grundsatz: „Tue Gutes sinnvoll zur rechten Zeit.“ Und eben nicht mit dem Ziel zur anstehenden Wahl am

1. September großartige Programme zu entwickeln, um hinterher zu sagen, der Koalitionspartner ist schuld, dass bestimmte Dinge

nicht umgesetzt werden können. Die aktuell Regierenden scheinen verstanden zu haben, dass sie einen gültigen Koalitionsvertrag haben und noch immer die Richtung der aktuellen Politik bestimmen sollten. Nicht nur der Bürger, sondern auch die Beschäftigten werden dies weiter mit Recht erwarten können.

So fanden zuletzt mehrerer Spitzenrunden in der Staatskanzlei und im Innenministerium statt, um den Masterplan zu überarbeiten und vor allem die Umsetzung der Maßnahmen zeitlich anzupassen. In den Sitzungen des sächsischen Regierungskabinetts sollen in den nächsten vier Wochen zahlreiche Kabinettsbeschlüsse gefasst und Gesetzentwürfe verabschiedet werden, damit diese noch rechtzeitig in den Sächsischen Landtag eingebracht werden können. So soll unter anderem bis spätestens 1. Juli 2019 ein erneutes kleines Dienstrechtsanpassungspaket in Kraft treten.

Somit wird auch der Sächsische Landtag noch viel zu tun haben.



Torsten Scheller

Zur Vorbereitung der o. g. Sitzungen soll das bisherige Arbeitspapier „Polizeipaket 2030“, konkrete Umsetzungsmaßnahmen noch für das Jahr 2019 beinhalten. Dazu haben uns folgende Informationen erreicht:

- Die Fachkommission hat ihre Arbeit aufgenommen und hat noch im Jahr 2019 ein Ergebnis vorzulegen.
- Die Festlegung des Koalitionsvertrages des Bundes in den Länderpolizeien zusätzlich 7 500 Stellen zu schaffen, soll in Sachsen in den nächsten drei Jahren verbindlich umgesetzt werden.
- Ein Nachtragshaushalt für 2019 und 2020 wird aktuell geprüft.
- Die bereits für Ende 2018 vorgesehene Anpassung des Verwaltungssoll erfolgt nun bis spätestens 1. Juli 2019.

Einen breiten Raum nahmen bei den Beratungen erneut die Rahmenbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen ein. So soll insbesondere

Fortsetzung auf Seite 2

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **April 2019**, war der **1. März 2019**, für die Ausgabe **Mai 2019** ist es der **29. März 2019** und für die Ausgabe **Juni 2019** ist es der **3. Mai 2019**.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

unter Beachtung der Kampagne der Staatsregierung „Wertschätzung“, Machbares kurzfristig im Jahr 2019 umgesetzt werden, aber auch mittelfristig Machbares entsprechend zu prüfen sein, damit nach der Wahl ohne Zeitverzug an deren praktischen Umsetzung gearbeitet werden kann.

Kurzfristig sollen noch folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Durchführung und Auswertung einer Mitarbeiterbefragung in der Polizei im ersten Halbjahr 2019.
- Anpassungen von Leistungen der Freien Heilfürsorge für alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten spätestens ab dem 1. Juli 2019.
- Anpassung des Dienstrechts, insbesondere der Laufbahnverordnung, einschließlich der nachvollziehbaren Umsetzung des Praxisaufstieges von Beamten der Laufbahngruppe 1.2 in Laufbahngruppe 2.1 bzw. von der LG 2.1 in die LG 2.2. Hier gab es bisher einen Prüfauftrag, inwieweit in den nächsten drei Jahren jährlich mindestens 50 Beamtinnen und Beamte durch einen Praxisaufstieg gemäß § 24 Sächsische Laufbahnverordnung aufsteigen könnten.

- Die Einführung einer Funktionszulage ist auf der Grundlage des Koalitionsvertrages im Rahmen eines kleinen Dienstrechtspaketes vorgesehen.
- Die Zulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten sollen mindestens auf das Niveau der Bundespolizei angehoben werden.
- Die Personalentwicklung innerhalb der sächsischen Polizei soll auch durch Hilfen (finanziell und/oder bezahlte Freistellung) des Arbeitgebers für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zusätzlich unterstützt werden.

Der überarbeitete Masterplan „Polizeipaket 2030“ umfasst nunmehr circa siebzig Seiten (mit Stand 2018 waren es bisher fünfzig Seiten). Auch andere Schwerpunkte, wie zum Beispiel Kriminalitätsbekämpfung, verkehrspolizeiliche Aufgaben, polizeiliche Präventionsarbeit und die Aus- und Fortbildung, wurden vertiefend betrachtet. Diese Arbeiten sind jedoch nicht abgeschlossen, da sowohl die Fachkommission, wie auch die eingesetzte Kommission zur Überprüfung der Aus- und Fortbildung in der sächsischen Polizei ihre Berichte noch nicht eingebracht haben bzw. ihre Arbeit beendet haben.

Kesselsdorf, den 1. April 2019



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801

Frohe Ostern

**und erholsame Feiertage wünscht
der Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei
allen Kolleginnen und Kollegen.**



Foto: Großmann_pixello.de



TARIFSPITTER

Tarifverhandlungen 2019 – Nachlese

Die diesjährigen Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder fanden in den späten Abendstunden des 2. März 2019 ihren Abschluss. In der aktuell vor euch liegenden Deutschen Polizei werden vermutlich auf den Bundesseiten die Ergebnisse umfassend dargestellt und erläutert sein. Ich möchte aus diesem Grund die mir hier im Landesteil zur Verfügung stehenden Seiten nutzen, die bis auf die Redaktionsverhandlungen abgeschlossene Tarifaueinandersetzung unter anderen Aspekten zu betrachten bzw. zu beleuchten.

Die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes stehen bei jeder Tarifrunde vor der Entscheidung, welche Verhandlungsstrategie verfolgt werden soll. Stellt man gleich eine höhere Forderung auf mit dem Wissen, in den Verhandlungen Zugeständnisse machen zu müssen oder favorisiert man eine realistische und aus Sicht der Gewerkschaften auch umsetzbare Forderung?

In einem demokratischen Abstimmungsprozess unter allen beteiligten Gewerkschaften werden dann anzahlmäßig überschaubare Hauptforderungen definiert und öffentlich gemacht. Für den Bereich des Öffentlichen Dienstes der Länder waren es dieses Mal die Gehaltsforderung von 6 Prozent, mindestens 200 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten, 100 Euro mehr für Auszubildende sowie strukturelle Verbesserungen in der Eingruppierung und eine Wiederannäherung an die verbesserten Regelungen von Bund und Kommune.

Viele Einzelforderungen aus den verschiedensten Bereichen der Länder werden dennoch in den Verhandlungs-

gesprächen thematisiert. Notwendige Verbesserungen im Pflegebereich, dem Sozial- und Erziehungsdienst und in der Entgeltordnung der Lehrkräfte der Länder sollten dieses Mal in den Verhandlungen Berücksichtigung finden.

Aus den vereinbarten Hauptforderungen ist klar die Entscheidung zu erkennen, keine überhöhten, sondern verantwortungsvolle, sachgerechte und realistische Ansprüche auf zu stellen.

Der Punkt zu strukturellen Verbesserungen in der Eingruppierung hatte seinen Ursprung im letzten Tarifabschluss 2017. Dort vereinbarten die Tarifvertragsparteien, Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Entgeltordnung aufzunehmen. Allein dieses Zugeständnis der Arbeitgeber war damals mit Sicherheit nicht kostenfrei.

Nach Äußerungen mehrerer politischer Verantwortungsträger aus dem letzten Jahr mit Inhalten wie „Wir benötigen eine bessere Wertschätzung des Öffentlichen Dienstes!“ und „Wir haben verstanden!“ schienen konstruktive Tarifverhandlungen und wirkliche zukunftsweisende Verbesserungen in den Tarifregularien möglich zu sein.

Der Wille, diese Chance zu nutzen und die Entgeltordnung des TV-L zu modernisieren, an geänderte technische und rechtliche Rahmenbedingungen anzupassen und somit ein modernes und zukunftsfähiges Tarifrecht zur Anwendung zu bringen, war leider nicht von langer Dauer (Siehe Tarifsplitter in der DP vom Februar 2019).

Nach zwei ungenutzt verstrichenen Verhandlungsrunden, ohne ein erkennbares Zeichen der Arbeitgebersei-

te, ein vernünftiges und damit verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch zu legen, war die Ausgangssituation für die dritte Runde am 28. Februar 2019 denkbar schlecht.

Immer wieder wurde verkündet, dass die gewerkschaftlichen Forderungen überzogen und nicht bezahlbar seien. Eine Aussage, die zu den jetzigen und zukünftig erwartenden Steuereinnahmen und der derzeitigen Kassenlage der Länderhaushalte in krassem Gegensatz steht. Die Arbeitgeber ignorierten konsequent die Tatsache, dass ihre politischen Entscheidungen zum Stellenabbau der vergangenen Jahre die öffentlichen Bereiche der Länder in diese personell bedenkliche Lage gebracht haben.

Mit massiven Aktionen der Gewerkschaften in den Wochen vor dem dritten Verhandlungstermin am 28. Februar 2019 in Form von bundesweiten Warnstreiks und Demonstrationen wurde den aufgestellten Forderungen Nachdruck verliehen. Allein an den sächsischen Aktionen in Leipzig, Chemnitz und Dresden beteiligten sich insgesamt 11 800 Beschäftigte. Mitglieder der GdP Sachsen unterstützten die Aktionen der streikenden Kollegen von GEW und ver.di an allen drei Standorten.

Im bundesweiten Gebiet waren es rund 40 000 Kolleginnen und Kollegen die sich am Warnstreik beteiligten. Es konnte festgestellt werden, dass die allgemeine Streikbereitschaft gestiegen war.

Zur „Begrüßung der Verhandlungsführer“ in der dritten Verhandlung

Fortsetzung auf Seite 9



Interview mit der CDU



Peer Oehler: Vielen Dank Herr Kretschmer, dass Sie sich die Zeit für uns nehmen. Ich hab überlegt, ich gebe dem CDU-Landesvorsitzenden zuerst mal die Gelegenheit, sich dafür zu bedanken, dass die GdP die sächsische CDU beim Thema Stellenabbau in der Polizei offensichtlich besser beraten hat als die Innenexperten der CDU.

Michael Kretschmer: Na zuerst bin ich der sächsischen Polizei dankbar, dass sie auch in den vergangenen Jahren in wirklich schwierigsten Momenten professionell und klug agiert hat. Deswegen habe ich auch nie gezögert, mich vor die Polizei zu stellen. Und ich finde es nicht in Ordnung, wie auch zum Teil die Medien mit Kritik an der Polizei umgehen. Ich weiß, es werden immer Fehler passieren, es wird immer Grenzbereiche geben, aber daraus eine Staatsaffäre zu konstruieren und zu behaupten, die Medienfreiheit sei nicht gewährleistet oder die Polizei stehe nicht zum Rechtsstaat, ist unverantwortlich. Ich bin froh, dass wir zusammengestanden haben. Dabei hat auch die GdP eine wichtige Rolle gespielt, weil sie am Ende zu den wenigen gehörte, die sich zu Wort gemeldet haben. Viele Politiker haben Angst, wenn eine öffentliche Debatte entsteht. Das darf aber nicht sein, weil sich die Beamten sonst im Stich gelassen fühlen und oft sind es ja nicht die Präsidenten, die im Feuer stehen, sondern der einfache Streifenbeamte oder Bereitschaftspolizist. Denen müssen wir den Rücken stärken. Sie müssen für ihr Berufsleben merken: Wenn mal eine harte Zeit kommt, gibt's Leute, die zu mir stehen und sich nicht davon stehlen.

Peer Oehler: Das ist erstens eine sehr löbliche Einstellung, aber zweitens eine eloquente Umschiffung des eigentlichen Inhalts meiner Frage, warum es zu einer solchen Fehleinschätzung zum Stellenabbau kommen konnte. Ihr Innenminister schnappt dann immer um sich und erzählt davon, dass der Rückspiegel immer kleiner ist als die Frontscheibe. Ich hab dann das Gefühl, dass man die Diskussion darüber umgehen möchte, welche strukturellen Defizite Politik hat, dass es zu solchen Entscheidungen kommen kann.

Michael Kretschmer: Also erstens: Es ist ein Fehler gewesen und der wird jetzt korrigiert. Und zweitens soll man ihn auch als solchen benennen. Das ist vollkommen richtig. Es war leider so, dass es in ganz Deutschland vor ca. 15 Jahren, rund um den Schengen-Beitritt überall zu der Einschätzung kam, wir kommen mit weniger Polizei aus. Das war im Bund und in anderen Bundesländern überall die gleiche Entwicklung. Leider eben auch in Sachsen. Und weil das falsch war, gehen wir jetzt dagegen vor und ziehen den Einstellungskorridor deutlich nach oben. Auf der anderen Seite gilt, dass wir neben Polizisten auch eine gute technische Ausstattung der Polizei brauchen. Hier hat der Freistaat Sachsen vorbildlich geliefert. Wir haben es im vergangenen Jahr bei der Lage in der Königsbrücker Heide, als ein Täter wild um sich geschossen hat, gesehen. Gott sei Dank haben wir gegen den erbitterten Widerstand von den Linken Panzerfahrzeuge, Schusswesten und auch ordentliche Waffen angeschafft. Sonst wären möglicherweise Polizisten ums Leben gekommen. Und jetzt arbeiten wir am neuen Polizeigesetz. Ich stehe zur Polizei. Ich habe absolutes Vertrauen und deswegen sollen die Beamten auch die Instrumente bekommen, die sie für ihre Arbeit brauchen. Wenn das andere Parteien anders sehen, ist das ihr Ding. Dann werden die sich auch dafür zu verantworten haben, wenn sich rausstellt, dass sich durch eine unterlassene Maßnahme eine Straftat nicht aufgeklärt wurde oder jemand zu Schaden kommt.

Peer Oehler: Das Thema Polizeigesetz würde ich gerne später nochmal aufgreifen. Mir imponiert die Direktheit zu sagen: Ja, das war ein Fehler! Das harmonisiert mit Ihrem Grundsatzprogramm. Da steht drin, dass zum christlichen Menschenbild die Akzeptanz von Schwäche und Irrtum gehören. Die Akzeptanz von Schwäche und Irrtum ist aber in der Politik nach meinem Dafürhalten

kein selbstverständlicher Ansatz.

Michael Kretschmer: Wissen Sie, ich brauch dafür kein Grundsatzprogramm. Das ist etwas zutiefst Normales, Anständiges und auch Menschliches. Jeder macht Fehler. Wir sollten versuchen, sie zu vermeiden. Das wird aber nicht immer gelingen. Zumindest sollte man den gleichen Fehler nicht zweimal machen. Das ist für mich die Leitschnur. Ich kann nicht mehr zurückdrehen, was vor 10, 15 Jahren gemacht worden ist, weder bei der Polizei noch bei den Lehrern. Aber ich kann das in der Zukunft anders machen.

Peer Oehler: Mich bewegt die Frage, ob Politik in der gegenwärtigen Form nicht die Gefahr von solchen Fehlentscheidungen schon allein deshalb mit sich bringt, weil Parlamentspolitik auf Mehrheiten basiert. Und ich argwöhne, dass ein Politiker mit populären unrichtigen Entscheidungen eher Wahlen gewinnt als mit unpopulären richtigen.

Michael Kretschmer: Das würde bedeuten, dass die Leute ein bisschen dumm sind und dass man ohne Populismus keine richtigen Entscheidungen treffen kann. Das ist nicht meine Wahrnehmung. Parlamente entstehen ja nicht aus sich heraus, sondern sie sind das Abbild von Meinungen in der Bevölkerung. Sie finden sich im Parlament wieder. Die Grünen zum Beispiel haben tiefes Misstrauen gegenüber der Polizei. Ich verstehe das zwar nicht, aber das ist eine Realität und deswegen muss man sich damit auseinandersetzen. Was in der Tat ein bisschen schwierig ist, sind Scheuklappen: Das haben wir schon immer so gesehen! Oder: Da können wir nicht über unseren Schatten springen! Ich versuche möglichst nahe an dem zu sein, was hier in diesem Land passiert. Ich rede mit den Polizisten, mit den Bürgern, den Bürgermeistern und daraus versuche ich, meine politische Vorstellung zu bilden. Das ist eigentlich auch eine meiner Erwartungshaltungen an alle anderen. Und deswegen merke ich dann auch, wenn wir Fehler gemacht haben und dann korrigieren wir sie. So kommen wir, glaube ich, voran. Ich rate zu einem unaufgeregten Umgang mit Populis-



LANDTAGSWAHL 2019

mus. Populisten suchen die Antworten auf Fragen außerhalb von Leitplanken, die wir manchmal über Jahrzehnte gesetzt haben. Und jetzt sind wir gezwungen, zu argumentieren und uns auch ein Stückweit zu bewegen. Wir werden nicht Grundsätze über Bord werfen, die freiheitlich-demokratische Ordnung, die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte. Aber wir haben neue Herausforderungen. Und wenn wir die richtigen Antworten finden, wenn wir vor allem Lösungen anbieten und wenn man sieht, mit unseren Antworten bewegt sich auch etwas in die richtige Richtung, dann wird das auch akzeptiert und dann gibt es Vertrauen dafür.

Peer Oehler: Gesetzt den Fall, Sie streben als Landesvorsitzender der CDU an, nach den nächsten Landtagswahlen wieder Ministerpräsident zu werden, steht ein Ministerpräsident immer und noch mehr als andere Politiker an der Schwelle vom Politiker zum Staatsmann, der, so es ein britischer Politiker mal gesagt hat, nicht nur an die nächste Wahl zu denken hat, sondern an die nächste Generation. Können Sie mir dieses für mich gefühlte Weimarer-Republik-Syndrom erklären? Warum die Gesellschaft gegenwärtig so gefühlt auseinander driftet? Warum die Mitte verloren geht und alles polarisiert wird?

Michael Kretschmer: Nun ja, wir reden deswegen über Weimar, weil wir so etwas in unserer Geschichte schon kannten. Natürlich wiederholt sich Geschichte nie gleich. Aber trotzdem ist es gut, sich zu vergegenwärtigen, dass die Weimarer Republik nicht daran gescheitert ist, dass es keine demokratischen Institutionen gegeben hat, sondern am Ende daran, dass es zu wenig Demokraten gegeben hat, denen diese demokratischen Institutionen wichtig waren. Ich erlebe eine Polarisierung der Gesellschaft und eine Zunahme von Populismus. Aber trotzdem ist es eine weit überwiegende Mehrheit, die für Demokratie steht und für eine anständige Diskussionskultur. Wenn wir darüber sprechen, dass wir mit der inneren Sicherheit unzufrieden sind, dann wissen wir, wenn wir drüber nachdenken, was sind die Lösungen: mehr Polizei, mehr Durchgriffsrechte für die Polizei, mehr Kooperation zwischen Kommune



Ministerpräsident Michael Kretschmer

und Polizei. Wir haben es gemeinsam geschafft, auch gesetzlich Dinge zu regeln, wie beispielsweise Angriffe auf Beamte stärker zu bestrafen, Wohnungseinbrüche mit höherer Mindeststrafe zu belegen. Der Staat handelt. Das gleiche gilt für den ländlichen Raum. Manche Menschen fühlen sich da vernachlässigt und wenn das so ist, dann handeln wir. Wir bauen in Sachsen überall Flächenbreitband aus. Wir stärken in der Fläche den öffentlichen Personennahverkehr. Wir verbinden den ländlichen Raum mit den Städten. Das ist alles Dinge, die man klären kann. Dann lasst sie uns klären!

Peer Oehler: Die CDU hat sich als Partei gerade unter ihrer ehemaligen Bundesvorsitzenden sehr um die gesellschaftliche Mitte bemüht und die Partei hat sich dann auch ein Stückweit in die Mitte verschoben. Die AfD behauptet von sich, diesen Rand rechts von der Mitte gefüllt zu haben. Wie wollen Sie dieses Spiel „Weggegangen - Platz gefangen!“ gegen die AfD gewinnen?

Michael Kretschmer: Das sind alles Kategorien für Journalisten und vielleicht auch für den einen oder anderen Politikwissenschaftler: Was ist Mitte? Was ist links? Was ist rechts? Wo beginnt das? Das Entscheidende sind die Inhalte. Wir haben eine Asyl- und Flüchtlingskrise gehabt, bei der Dinge passiert sind, die von einem sehr großen Teil der

Bevölkerung entweder abgelehnt oder sehr kritisch gesehen worden sind. Das hat dieses Land sehr durchgeschüttelt. Jetzt geht es darum, dass sich so etwas nie wiederholt. Wir sind auf dem Weg dahin. Es hat vier, fünf Jahre gedauert, diese Diskussion scharf zu stellen. Was uns aber überhaupt nichts bringt, ist, die gesamte Politik in einen Topf zu werfen und von „der Politik“ zu sprechen. Es gibt unterschiedliche politische Akteure. Und die müssen benannt werden. Beispiel Sichere Herkunftsländer! Die Grünen sind immer noch dagegen, bestimmte Staaten Nordafrikas als solche einzustufen und das ist unverantwortlich. Wir kommen also bei gewissen Themen nicht voran, weil wir dafür keine Mehrheit haben. Beispielsweise weil in 9 von 16 Landesregierungen Grüne sitzen und die uns im Bundesrat bei dieser Frage blockieren. Also nennen wir doch Ross und Reiter, genauso wie wir Fehler der Union in der Vergangenheit benennen, benennen wir doch jetzt Verantwortliche. Wenn wir das bei allen Themen so machen, dann nähern wir uns, glaube ich, eher einer Lösung.

Peer Oehler: Liegt unser Problem als Gesellschaft ein Stück weit auch darin, dass das Grundgesetz Individualrechte so hoch schätzt, dass wir verlernt haben, gemeinwesenorientierte Kompromisse gut zu finden?

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Michael Kretschmer: So weit würde ich nicht gehen. Aber Sie haben damit Recht, dass vieles mit Gesetzen zu tun hat. Es muss schneller gehen, Gesetze zu verändern, wenn sich Herausforderungen und Situationen verändert haben. Deutschland lebt davon, dass ein übergroßer Teil der Bevölkerung nicht kriminell geworden ist und sich ganz selbstverständlich an die Gesetze hält. Man fährt nicht bei Rot über die Ampel. Man rempelt auf der Dorfdisco vielleicht mal an, aber man geht nicht mit einem Messer aufeinander los. Wenn sich die Situation verändert, dann müssen wir uns auch die Instrumente geben, nicht nur personell bei der Polizei, sondern auch juristisch, damit das, was den Menschen in diesem Land wichtig ist, auch eingehalten wird. Und Messerstechereien sind nichts, was wir akzeptieren wollen. Also müssen wir dazu kommen, Messerverbote in der Innenstadt zu prüfen oder höhere Strafen, um einfach auch von solchen Taten abzuschrecken. So könnte man das auch in anderen Bereichen durchdeklinieren. Und das ist, glaube ich, das, was viele Menschen am meisten nervt: dass es ihnen zu lange dauert, bis Politik reagiert, auch auf aktuelle Entwicklungen und dass es immer große Aufregung braucht oder auch extreme Situationen, beispielsweise Straftaten, bevor dann allen klar wird, dass da was passieren muss.

Peer Oehler: Zu diesem Nerven kommt bei mir persönlich noch dazu, dass ich einer Berufsgruppe angehöre, deren rechtl. Handwerkszeug manche Menschen skeptisch gegenüber stehen. Manche lehnen es sogar kategorisch ab, mir mehr Rechte zu geben, weil man der Institution Polizei misstraut. Am Rande der Bewegung „Polizeigesetz stoppen“ trat ein Polizeimonster auf und wollte vor dem Überwachungsstaat gruseln lassen. Was machen Sie als Staatsregierung mit Ihrem Gesetzentwurf in unserem Sinne falsch, dass sich ein solcher gesellschaftlicher Streit entzündet und eine Gesellschaft entzündet wird?

Michael Kretschmer: Das tut es nicht. Ich behaupte, wir haben für dieses Polizeigesetz eine 2/3-Mehrheit in der sächsischen Bevölkerung, vielleicht sogar noch viel mehr. Es

ist eine kleine Gruppe, die mediale Aufmerksamkeit erreicht, indem sie Demonstrationen organisiert oder Graffiti an Hauswände anbringt mit „Polizeigesetz stoppen“. Aber sie haben keine Mehrheit und deswegen ziehen wir das jetzt auch durch.

Peer Oehler: Das ist gut und in unserem Sinne. Man kann natürlich sagen, diese Bewegung hat nach ihrer Unterschriftenliste auf der Homepage nur 1 600 Unterstützer. Aber ein Unterstützer ist, was mich sehr gewundert hat, der Studenten- und Studentinnenrat der Uni Leipzig, der für 30 000 Studenten steht. Und kein Student hat seinen Stura gemahnt, die Unterschrift zurückzuziehen. Das macht mir Sorgen.

Michael Kretschmer: Zumindest wissen wir es nicht, ob es so ist. Aber das kann doch eine Aufgabe für die GdP sein einzuladen und zu den Studierenden zu sagen: Kommt, lasst uns mal reden! Wie kam es jetzt zu dieser Unterschrift? Was bewegt euch jetzt wirklich?

Peer Oehler: Das habe ich am 29. Januar an der Seite Ihres Innenstaatssekretärs Prof. Schneider auf dem Podium der Juristischen Fakultät der Uni Leipzig getan. Es war zwar nicht vergnügungssteuerpflichtig, aber es war alles in allem OK.

Michael Kretschmer: Aber genau das meine ich. Das gehört auch zur Meinungsfreiheit. Da ist jemand, der seine Meinung sagt und jemand anders kann widersprechen.

Peer Oehler: Und was entgegnen Sie denen, die Ihrem Entwurf widersprechen?

Michael Kretschmer: Ich glaube, dass die Mehrheit für diesen Entwurf ist. Mit denjenigen, die Kritik geäußert haben, haben wir viel diskutiert. Es gab die Anhörung im Landtag, wo Sie ja für die GdP auch als Sachverständiger teilgenommen haben. Und dort wurden viele dieser Vorwürfe entkräftet. Uns geht es darum, ein starkes Polizeigesetz zu haben, was den Polizisten die Instrumente in die Hand gibt, gegen Kriminelle vorzugehen. Das ist das Ziel gewesen und es gelingt uns mit dem Entwurf in weiten Teilen.

Peer Oehler: Ein Gesetzentwurf ist kein Basar. Trotzdem scheint es so, als ob der Brief unseres Landesvorsitzenden an CDU und SPD bewirkt hat, dass sich beim Thema Body-Cam und unabhängige Beschwerdestelle beide Seiten doch nochmal aufeinander zu bewegt haben. Zu-

erst zur Body-Cam. Hat unser Brief die sächsische Body-Cam gerettet?

Michael Kretschmer: Wenn der Brief des GdP-Vorsitzenden vielleicht einen Tag vor dem ersten Koalitionsausschuss und nicht einen Tag danach eingetroffen wäre, hätten wir das vielleicht schon eher erreicht. Aber entscheidend ist doch, dass sie nun kommt. Für mich geht es nicht um irgendeinen „Punktgewinn“ in der politischen Debatte. Die Frage ist doch: Was brauchen unsere Polizistinnen und Polizisten für ihre tägliche Arbeit? Und wenn dann die Erfahrungen aus den anderen Bundesländern und auch aus dem Pilotprojekt in Leipzig zeigen, dass die Bodycam hilft, gerade auch präventiv, dann ist es auch richtig, dass wir sie einführen. Ich sehe darin einen wichtigen Schritt zu mehr Sicherheit in unserem Freistaat.

Peer Oehler: Kann man sagen, dass sich die SPD beim Thema Body-Cam überwunden hat, weil sich der Koalitionspartner CDU beim Thema Beschwerdestelle bewegt hat? Oder ehrlicherweise direkt gefragt: Sind politische Kompensationsgeschäfte etwas Gutes oder Schlechtes?

Michael Kretschmer: Das ist ein Thema, das mich schon längere Zeit umtreibt. Ich finde es sehr bedenklich, wie zum Teil über Kompromisse gesprochen wird. Das ist doch der Kern einer Demokratie, dass unterschiedliche Menschen auch unterschiedliche Interessen haben. Aber dass man sich eben auch um gemeinsame Lösungen bemüht, dass man aufeinander zugeht, dass man verbindet anstatt zu spalten.

Peer Oehler: Die unabhängige Beschwerdestelle geht jetzt vom Innenministerium in die Staatskanzlei. Die SPD und Oppositionsteile sähen sie lieber noch weiter weg von der Regierung und zwar beim Sächsischen Landtag. Warum ist der CDU eine beim Parlament angebundene Beschwerdestelle ein solcher Dorn im Auge?

Michael Kretschmer: Unser Ziel als Sächsische Union ist es, die Beschwerdestelle so zu gestalten, dass sie nicht als eine Art „Generalverdacht“ gegen die Polizei missverstanden bzw. genutzt wird. Ich denke mit der Ansiedlung an der Staatskanzlei haben wir eine gute Lösung gefunden.

Peer Oehler: Wenn man sich den eigenen Besteckkasten in der Küche



LANDTAGSWAHL 2019

anguckt, dann findet man Dinge, die man täglich und welche, die man nicht so häufig braucht, aber trotzdem für den Fall der Fälle gerne hat. Ich glaube, so ähnlich ist es auch mit Eingriffsbefugnissen. Die Body-Cam bräuchten viele Polizisten und dann auch noch täglich. Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ brauchen wenige und nicht ganz so oft. Ist es nicht das Normalste von der Welt, dass man, wenn man zusammen im Koalitionsbettchen liegt, auch auf den Partner Rücksicht nehmen muss?

Michael Kretschmer: Na, wenn das für die GdP akzeptabel ist, dass wir keine Quellen-TKÜ haben, dann ist das für mich auch eine wichtige Information.

Peer Oehler: Akzeptabel ist es nicht, aber man muss es hinnehmen, wenn eine Mehrheit im Parlament dafür nicht zu gewinnen ist. Und die Umstrittenheit von Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ und deren Anwendungsfallzahlen sind etwas vollkommen anderes, als es sich bei der Body-Cam, für die wir uns nochmal stark gemacht haben, darstellt.

Michael Kretschmer: Die Quellen-TKÜ und die Online-Durchsuchung fallen für mich in die Kategorie: Vertraue ich der Polizei? Deswegen kann man das auch an dieser Stelle sehr gut herleiten. Ich vertraue der Polizei. Deshalb möchte ich ihr diese Befugnisse geben. Das ist das eine. Das zweite ist: Mich macht es unruhig, wenn gewisse Kriminalitätsdelikte, wie beispielweise in Leipzig Angriffe auf Polizeistationen oder den 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes in der Silvesternacht nicht aufgeklärt werden können. Ich glaube, dass es sehr gefährlich ist, wenn wir das laufen lassen und es spricht sehr viel dafür, dass wir die Quellen-TKÜ brauchen, um diese Kriminalitätsform aufzuklären. Deswegen hab ich sehr darum geworben und dafür gekämpft. Dass wir auch dieses Instrument bekommen, war mit dem Koalitionspartner nicht möglich. Deswegen müssen wir die Frage nach der Wahl nochmal neu stellen.

Peer Oehler: Darf ich noch drei Fragen zu polizeilicher Schraubchenkunde stellen?

Michael Kretschmer: Hoffentlich kann ich sie beantworten.

Peer Oehler: Bestimmt! Als Sie Ministerpräsident wurden, haben Sie doch vom ersten Tag Ihrer Arbeit an

das Gehalt eines Ministerpräsidenten bekommen, was Ihnen zusteht?

Michael Kretschmer: Ja.

Peer Oehler: Ich habe die analoge Frage Ihrem Innenminister bezogen auf sein erstes Ministeramt 2007 gestellt und ich glaube, er hat es bewusst falsch verstanden und wollte mir eine Neiddebatte unterjubeln. Ich meine Folgendes: Ein Dienstgruppenführer, der seinen mit A12 bewerteten Dienstposten am ersten Tag besetzt, bekommt noch lange nicht die Bezüge A12. Meist ist er Oberkommissar oder Hauptkommissar A11. Dem Streifenbeamten als Polizeimeister geht es auf dem Dienstposten A9 genauso. Beim Sachbearbeiter Kriminalpolizei und dem Zugführer Bereitschaftspolizei ist es analog. Aus dem Grund hatten Sie im Koalitionsvertrag die von uns geforderte Funktionszulage zugesichert, weil wir für den Streifenbeamten dasselbe Recht wollen wie für den Ministerpräsidenten. Warum hat es die Funktionszulage nicht gegeben?

Michael Kretschmer: Wir haben unglaublich viel für die Polizei gemacht, übrigens auch in Abstimmung mit der GdP als einem wichtigen Partner. Sie wissen aber auch, dass man nicht alles auf einmal hinkriegen kann. Ich verstehe aber schon, worauf Sie hinaus wollen und ich will auch nicht sagen, dass die Position falsch ist. Wir haben es diesmal nicht hinbekommen. Aber wir wollen und wir werden da dran bleiben. Wir brauchen solche Verbesserungen bei der Polizei neben dem Personalzuwachs. Deshalb haben wir die Polizeizulage ruhegehaltsfähig gemacht. Die Polizei war in dieser Legislaturperiode ein Schwerpunkt und dann bleibt für die nächste auch noch was für Sie zu fordern und das ist auch richtig.

Peer Oehler: Dann freuen wir uns auf die nächste Legislaturperiode. Die 2. Frage: Ich habe damals als Sachverständiger im Innenausschuss zu Ergebnissen der Fachkommission gesagt, ich wünschte mir eine Fachkommission 2.0, weil die erste Fachkommission nur einen groben Überschlag vorgenommen hat. Die GdP will aber eine PersonalbedarfsBERECHNUNG, damit die Ansprüche auf Personal für jeden Präsidenten in Görlitz und in Leipzig generierbar und einforderbar sind, wenn sich Parameter verändern. Jetzt kommt die Fachkom-

mission 2.0, aber den Zahn einer Personalbedarfsberechnung hat mir der Innenminister gezogen. Auch diese Fachkommission wird einen neuen Überschlag machen. Warum scheut man sich, Personalbedarfe anhand von Parametern, die von Sachverständigen gemeinsam gefunden wurden, zu berechnen?

Michael Kretschmer: Es gibt verschiedene Wege, um zu einem Ziel zu kommen. Diese erste Kommission hat mit den 1 000 zusätzlichen Stellen schon ein anständiges Ergebnis erreicht, was wir jetzt auch umsetzen.

Peer Oehler: Teilweise, denn die Kommission forderte 1000 Polizisten mehr. Sie schaffen zwar 1000 Stellen, aber da sind wohl ne ganze Menge Tarifstellen dabei. Das heißt, dass das Kommissionsziel nicht erreicht wurde.

Michael Kretschmer: Nein. Wir haben die Tarifbeschäftigten vorgezogen, aber am Ende werden es 1000 Polizisten.

Peer Oehler: Freuen Sie sich auf den Wahlkampf?

Michael Kretschmer: Ja. Und zwar deswegen, weil das eine Zeit ist, in der noch mehr Menschen für politische Themen aufgeschlossen sind. Man muss ja auch zur Kenntnis nehmen, dass viele Menschen nicht jeden Tag über Politik reden, sondern einfach ein schönes Leben haben wollen. Und in der Zeit des Wahlkampfs ist für viele klar, nun muss ich mich doch mal damit beschäftigen, weil ich ja wählen gehen muss. Deswegen freue ich mich darauf.

Peer Oehler: Freuen Sie sich auch auf die Zeit danach, wenn Sie als Ministerpräsident einer schwarz-gelb-rot-grünen Landesregierung Flöhe hüten dürfen?

Michael Kretschmer: Das bleibt Sachsen hoffentlich erspart. Aber das haben die Menschen in Sachsen in der Hand. Es ist eben so, ein Wahlergebnis sucht sich eine Regierung und deswegen kommt es ja jetzt darauf an, dass wir bei stabilen Verhältnissen bleiben. Sachsen hat es immer gut getan, wenn da beherzt entschieden und gehandelt werden konnte. Eine Koalition mit der AfD und der Linkspartei kommt für die Sächsische Union nicht in Frage. Das ist unmöglich. Alles andere werden wir sehen.

Peer Oehler: Vielen Dank für die Gelegenheit zu diesem Interview.





POLIZEISOZIALWERK

Wir bieten unseren GdP Mitgliedern besonders günstige Angebote innerhalb eines breit gefächerten Netzwerkes von Partnerunternehmen. Um das Spannungsfeld zwischen Berufsalltag und Freizeit unserer Kolleginnen und Kollegen angenehmer zu gestalten, sind wir immer auf der Suche nach Partnern, die uns dabei unterstützen möchten.

Unsere kompletten Angebote findet Ihr auf unserer Homepage
www.polizeisozialwerk.de
registrieren - einloggen - sparen

e-on



Exklusive Strom- und Gasangebote - gemeinsam mit unserem starken Partner E.ON

Der Strom stammt zu 100 % aus erneuerbaren Energien wie Wind- und Sonnenenergie oder Wasserkraft und ausschließlich aus vom TÜV Süd zertifizierten Kraftwerken.

Bei Gas handelt es sich um Ökogas, welches mit dem First-Climate-Siegel zertifiziert ist.
Eure Zugangsdaten zum exklusiven Tarif erhaltet Ihr auf unserer Homepage.

Unser Polizeisozialwerk-Vorteilsprogramm von myfone

Aktuelle Mobilfunktopseller erhältlich mit allen Vodafone Red-Tarifen!

Exklusiv für Euch als GdP-Mitglied bis zu 25 % Vorteilsrabatt!

Wir bieten ebenfalls Internet- und TV-Produkte mit erstklassigen Preisvorteilen und einem engagierten Service-Team.

Eure Zugangsdaten zum Vorteilsprogramm erhaltet Ihr auf unserer Homepage.

myfone



CHRIST

Juwelier und Uhrmacher seit 1863



20 % Rabatt auf Eigen- und Exklusivmarken*

Ob angesagte Trend- und Lifestylemarken, zeitlose Klassiker oder internationale Uhrmacherkunst - die Markenwelt von CHRIST hält für jeden Geschmack das Passende bereit.

Entdeckt in über 220 Fachgeschäften bundesweit oder auf **www.christ.de** die atemberaubende Markenwelt.

Euren exklusiven Rabattcode erhaltet Ihr auf unserer Homepage. Ihr könnt online einkaufen oder eine der 220 Filialen besuchen.



Mehr Infos bei der Polizeisozialwerk Sachsen/Thüringen GmbH
unter Tel.: 035204 687-14

www.polizeisozialwerk.de



TARIFSPITTER

Fortsetzung von Seite 3

runde fand vor dem Tagungsort in Potsdam nochmals eine eindrucksvolle Demonstration aller betroffenen Gewerkschaften und Interessenvertretungen statt.

Aus verschiedenen Bereichen und Bundesländern waren Beschäftigte gekommen.

In den dann stattfindenden Gesprächen beharrten die Vertreter der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vehement auf einer Änderung des § 12 TV-L, d.h. an einer Neudefinition des Arbeitsvorganges, als Gegenforderung zu allen angedachten Maßnahmen zur Verbesserung im Tarifrecht.

Damit würden jahrzehntelange Rechtsprechungen der verschiedensten Arbeitsgerichte zu Gunsten der Beschäftigten gegenstandslos und die Gefahr für niedrigere Eingruppierungen in Größenordnungen wäre gegeben.

Die Arbeitsvorgänge würden aufgespalten und notwendige Zusammenhangstätigkeiten herausgelöst. Dies führt dann in der Gesamtbetrachtung zu einer weit geringeren Bewertung der Gesamttätigkeit. Flächendeckende niedrigere Eingruppierungen wären die Folge. Als Krönung des Ganzen bestanden sie ebenfalls darauf, dass jegliche Verbesserungen durch die Beschäftigten mit refinanziert werden sollten.

Das war für die Arbeitnehmervertreter unter keinen Umständen akzeptabel.

Eher, so die einhellige Meinung der Tarifkommissionen vor Ort, sollte auf die gewünschten Änderungen in der Entgeltordnung verzichtet werden. Zumal die Arbeitgeberseite weder über den stufengleichen Aufstieg noch über eine Öffnung der Entgeltgruppen 4 und 7 für den ehemaligen Angestelltenbereich reden wollten. Von Verbesserungen in einzelnen Berufsgruppen und Tätigkeitsmerkmalen ganz zu schweigen. Die Arbeitgeber wollten in fast keinem Punkt unsere Vorschläge zur Entgeltordnung verhandeln.

Nachdem diese Entscheidung der Gewerkschaften den Arbeitgebern bekannt gemacht wurde, entstand plötzlich Bewegung. Am Freitagabend wurde die Forderung einer Änderung des §12 fallen ge-

lassen. Nun mussten sich die Mitglieder des Arbeitgeberlagers innerhalb der TdL neu ausrichten.

Dieser Prozess der „Abstimmung“ der Länder über das weitere gemeinsame Vorgehen dauerte fast den gesamten Samstag.

Die Kostenneutralität war aber nach wie vor gewollt. Es wurde intensiv gerechnet.

Erst am frühen Abend konnte man sich wieder den eigentlichen Verhandlungsgesprächen zuwenden.

Gegen 22.00 Uhr wurde dann den Tarifkommissionen die aktuellen Verhandlungsstände vorgestellt. Diese wurden intensiv beraten und das Für und Wider abgewogen.

Nein, es sind keine 6 Prozent für eine Laufzeit von 12 Monaten geworden. Auch haben wir keine vollumfänglich zufriedenstellende Änderung in der Entgeltordnung und dem allgemeine Tarifrecht erreicht und der stufengleiche Aufstieg bei Höhergruppierungen bleibt uns ebenfalls versagt.

Aber es ist erreicht worden, dass der zu zahlende Garantiebetrug für diesen Personenkreis auf 100 bzw. 180 Euro stark angehoben wurde. Das die Auszubildenden zwei mal 50 Euro mehr erhalten und deren Urlaubsanspruch auf 30 Arbeitstage ansteigt. Es wurde erreicht, dass Berufsanfänger in der Stufe 1 eine Gehaltssteigerung von insgesamt 11 Prozent erfahren und die unteren Entgeltgruppen von den Garantiebeträgen mehr profitieren werden als die einfache Prozentzahl ausdrückt. Allein der vereinbarte Mindestbetrag für 2019 wirkt sich bis zu einem Tabellenwert von 3 322 Euro positiver aus, als die prozentuale Erhöhung. Das entspricht in der aktuellen Tabelle der EG 9 Stufe 3.

Es wurde außerdem erreicht, dass die Lehrer, die in Sachsen in den letzten Jahren immer unsere Abschlüsse mit erstreikt haben, eine erhöhte Angleichungszulage von 105 Euro erhalten. Es konnten für die Beschäftigten in Krankenhäusern Verbesserungen in den Zuschlägen und im Zusatzurlaub erreicht werden, für Beschäftigte in der Pflege und im Sozial- und Erziehungsdienst wurden höhere Entgelttabellen vereinbart und wir konnten uns mit der Forderung ei-

ner „Entzerrung“ der EG 9 durchsetzen. Damit sind die verlängerten Stufenlaufzeiten für fast alle Beschäftigten in EG 9 Geschichte.

Ja, auch wir mussten Zugeständnisse machen. Mit dem Einfrieren des Berechnungsniveaus für die Jahressonderzahlung auf dem Stand von 2018 für die Laufzeit dieses Abschlusses haben wir unseren Beitrag geleistet. Die Angleichung der Ost-Länder auf Westniveau bleibt davon unberührt.

Für Mitglieder der Tarifkommissionen ist bei der Entscheidung, ein Verhandlungsangebot anzunehmen, immer die Frage zu klären, wie groß der Personenkreis ist, der von den einzelnen Verhandlungsergebnissen profitieren würde und in welchen Entgeltgruppen sich die Mehrzahl unserer Kolleginnen und Kollegen befinden. Profitieren sie mehr vom Garantiebetrug von insgesamt 240 Euro oder von der prozentualen Erhöhung?

Wir haben gleichzeitig im Kopf, wie viele Kollegen sich von denen bundesweit circa 900 000 Beschäftigten an den Aktionen im Vorfeld der Tarifverhandlungen beteiligt haben und prognostizieren daraus, wie viele bereit wären, für ein höheres Ergebnis oder eine kürzere Laufzeit einzutreten.

Als euer Vertreter in der Bundestarifkommission, war ich an allen Demonstrationen in Sachsen vor Ort und bedanke mich bei allen, die mit mir gemeinsam Flagge gezeigt haben.

In der Gesamtbetrachtung der erzielten Ergebnisse über alle Bereiche des Öffentlichen Dienstes der Länder und unserer eigenen, gesehenen Durchsetzungskraft bin ich der Überzeugung, trotz der sehr langen Laufzeit bis zum 30. September 2021, einem ordentlichen Gesamtabschluss zugestimmt zu haben. Mehr war nicht drin.

Nun ist es am Sächsischen Ministerium für Finanzen in Gesprächen mit Vertretern der GdP und anderen Gewerkschaften die Modalitäten für die Übernahme auf den Beamtenbereich zu vereinbaren.

Jörg Günther
Verantwortlicher Tarif



Ohne Personal keine Zukunft – Der Kampf um die Besten ist in vollem Gange

Die jährliche Versammlung der GdP-Mitglieder der Bezirksgruppe Polizeiverwaltungsamt (PVA) ist ein

Eckpfeiler der Gewerkschaftsarbeit. Noch im alten Jahr fristgemäß eingeladen, erfolgte die Versammlung am 30. Januar 2019. Auch von den Außenstellen in Chemnitz und Leipzig waren Mitglieder angereist. Hagen Husgen, der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Sachsen e.V. und Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP, hat es sich auch dieses Jahr nicht nehmen lassen bei unserer Mitgliederversammlung dabei zu sein.

Nach den Informationen aus der GdP-Bundespolitik mit Schwerpunkt GdP-Bundeskongress richtete er den Blick auf die Aktivitäten, Erfolge, Aufgaben und Ziele im Landesbezirk Sachsen. Der Qualität der Zusammenarbeit mit den Vertretern der Parteien und den Abgeordneten und Ministern des Sächsischen Landtags kommt hierbei naturgemäß eine besondere Bedeutung zu. „Mit dem neuen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer und dem Staatsminister des Innern Prof. Dr. Roland Wöllner hat die GdP nun Ansprechpartner, die sich Zeit nehmen und zuhören. So können Probleme in ihrer Komplexität vertieft besprochen und Lösungsvorschläge der GdP-Sachsen erläutert werden“, so Hagen Husgen. Das lässt hoffen, auch wenn nicht zu verkennen ist, dass in einem Jahr des Wahlkampfes die Gesprächsbereitschaft von Parteien und Volksvertretern naturgemäß größer ist, als in anderen Jahren. Deshalb gilt es bereits vor der Wahl Nägel mit Köpfen zu machen und Entscheidungen herbeizuführen. In diesem Zusammenhang legte Hagen Husgen den Finger in eine weitere Wunde: „Das Verhältnis der Polizeiführung zu den Gewerkschaften insgesamt und der GdP im Besonderen war in der letzten Zeit nicht immer das Beste, es bedarf auch einer neuen, besseren Qualität.“

Mit dem neuen Landespolizeipräsidenten Horst Kretschmar besteht

hierfür eine reale Chance. „...auch hier sind wir auf einem guten Weg, aber die Führung der sächsischen Polizei ist nicht nur der Landespolizeipräsident, hier sind alle Leiterinnen und Leiter der Dienststellen und nachgeordneten Führungskräfte gefordert, genauso wie wir selbst - eine neue Kultur muss her“, sagte Hagen Husgen.

Einen weiteren Themenschwerpunkt bildete die Fachkommission 2.0. Hier werden Ergebnisse und konkrete Zahlen im Monat Mai 2019 erwartet.



Foto: BG PVA

Die Gewerkschaften sind legitime und wichtige Organisationen in einer funktionierenden modernen Demokratie. Das wird auch wieder zunehmend von den Bediensteten erkannt. Dies zeigt sich nicht zuletzt in steigenden Mitgliederzahlen. Die GdP Sachsen kann inzwischen auf über 8000 Mitglieder verweisen. Während bei den meisten Gewerkschaften im DGB die Mitgliederzahlen sinken, gibt es bei uns einen klaren Gegen Trend. Die Eintrittszahlen belegen die Notwendigkeit einer beruflichen Interessenvertretung weit über den Örtlichen Personalrat hinaus. Natürlich ist auch über Erfolge der Arbeit der Gewerkschaft der Polizei zu berichten. Während in der Vergangenheit hier der Weg der Klage bis zu den Bundesgerichten notwendig war (Stichworte: amtsangemessene Alimentierung kurz Weihnachts-/Urlaubsgeld genannt oder zeitlich ver-

setzte Gewährung 100% für ghD) war es jetzt möglich eine Erhöhung der Polizeizulage und deren Ruhegahltfähigkeit im Dialog mit der Regierung zu erreichen. Auch hier eine neue Qualität.

Mit Blick auf den Tariffkampf 2019 rückt die Bedeutung der GdP wieder in den Vordergrund. Hier kämpft die GdP nicht nur für die Interessen der Beschäftigten der sächsischen Polizei, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger Sachsens. Warum? Die Tarifabschlüsse von Bund und Kommunen liegen nicht nur höher, nein auch die Eingruppierungen liegen bis zu zwei Stufen über den Eingruppierungen der Landesbediensteten. Das hat nicht nur Auswirkungen auf Neueinstellungen, sondern führt auch zum Wechsel des Personals vom Freistaat zu den Kommunen und zum Bund.

Sollte hier über die Tarifverhandlungen kein gleiches Niveau erzielt werden, liegen die negativen Folgen auf der Hand. Der Bund und die Kommunen werden dann als Arbeitgeber attraktiver sein als der Freistaat Sachsen. Bezieht man in diese Überlegung noch die Konkurrenz unter allen Bundesländern ein, ist die Bilanz für Sachsen noch erheblich schlechter. Hier geht es nicht nur um Attraktivität des Berufs, hier geht es ganz klar um Zukunft.

Kollege Jörg Günther informierte im Verlauf der Versammlung in einem eigenständigen Tagesordnungspunkt zum aktuellen Stand der Tarifverhandlungen, die geplanten Aktionen der Gewerkschaften im Tariffkampf.

Das Thema Tariffkampf spielte auch im Bericht des GdP-Bezirksgruppenvorsitzenden Jürgen Scherf eine wichtige Rolle. In keiner Dienststelle der sächsischen Polizei ist der Anteil an Beschäftigten so groß wie beim Polizeiverwaltungsamt. Das kann auch nicht anders sein, denn die Aufgaben des PVA liegen im Bereich Technik,



BEZIRKSGRUPPE POLIZEIVERWALTUNGSAMT

Service und Logistik und nicht in Strafverfolgung und Gefahrenabwehr, den Klassikern der hoheitlichen Tätigkeit im Polizeivollzugsdienst.

Diese Besonderheit stellt das PVA vor gigantische Probleme bei der Personalgewinnung. Nicht nur die niedrigeren Eingruppierungen im Vergleich zu Bund und Kommune spielen hier eine Rolle. Es fehlt an qualitativ angemessen bewerteten Stellen besonders im Bereich IT, aber auch bei technischen Berufen und nicht zu vergessen in der Verwaltung.

„Wir machen Polizeiarbeit möglich-PVA“, darüber gilt es nachzudenken. Polizisten/-innen ohne Uniform, ohne Waffe, ohne Streifenwagen, ohne Funk, ohne PC, ohne Verwaltung...?

Wenn man sich die geplanten 1 000 neuen Stellen anschaut, dann sucht man hierfür zurzeit noch vergebens.

„Die Digitalisierung wird in ferner Zukunft vielleicht viele Dinge schneller und einfacher machen als heute, Fakt heute ist jedoch: Digitalisierung

ist die erste Revolution in der Menschheitsgeschichte, die Revolution genannt wird, bevor sie stattgefunden hat“ und, um ein weiteres Zitat des Wissenschaftlers (Physikers) Harald Lesch aus einer ZDF-Sendung zu benutzen: „Digitalisierung sollte korrekter und ehrlicherweise Automatisierung genannt werden“, so Jürgen Scherf.

Bevor wir dort ankommen, müssen die Maschinen, Programme und auch künstliche Intelligenz (KI) durch uns „gefüttert“ werden. Erst dann können diese uns vielleicht ersetzen, zumindest unterstützen und entlasten. Das erfordert jedoch hochqualifiziertes Personal. Der Kampf um diese „Köpfe“ ist längst im Gang. Wie wäre es mit einer technischen Laufbahn bei der sächsischen Polizei?

Im Bericht des Bezirksgruppenvorsitzenden spielte ein weiterer Aspekt eine wichtige Rolle.

Auch in der GdP-BG Polizeiverwaltungsamt vollzieht sich ein Generationswechsel. In den nächsten Mona-

ten und Jahren werden im Vorstand der GdP-Bezirksgruppe Funktionen durch Rente und Ruhestand frei. Die Nachbesetzung zur Sicherung der GdP-Arbeit wird der Schwerpunkt im Jahr 2019 sein. Das Altersproblem, ein Problem, dass in der gesamten sächsischen Polizei an allen Ecken und Enden wohlvertraut ist.

Auch im Anschluss an die Ausführungen von Hagen Husgen und Jürgen Scherf gab es für die Mitgliederversammlung noch viel zu tun. Kassenbericht bestätigen, Anträge bearbeiten und Beschlüsse fassen. Zum Thema Rechtsschutz brachte der stellv. Landesvorsitzende der GdP-Sachsen Torsten Scheller die aktuellsten Informationen ein. Am Ende dankte der GdP-Bezirksgruppenvorsitzende Jürgen Scherf allen Anwesenden für die konzentrierte, konstruktive Mitarbeit.

Bleibt die Erkenntnis: Ohne Personal - keine Zukunft. Der Kampf um die Besten ist in vollem Gang.

Jürgen Scherf

KREISGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI CHEMNITZ

EINLADUNG zur Mitgliederversammlung und zur Neuwahl des Vorstandes

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
hiermit lade ich Euch recht herzlich zu unserer Mitgliederversammlung ein.

Wann: Dienstag, den 9. April 2019, 16.00 Uhr (bis circa 18.00 Uhr)

Wo: Bereitschaftspolizei Chemnitz, kleiner Speisesaal

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Bericht des Vorstandes
3. Diskussion
4. Kassenbericht
5. Entlastung des Vorstandes und des Kassierers
6. Vorstellung der Kandidaten/Kandidatinnen für den Vorsitzenden, Stellvertreter, Kassierer, Beisitzer
7. Wahl des Vorstandes
8. Schlusswort des neuen Vorsitzenden

Vorschläge und Kandidatenmeldungen an bepo-c@gdp-sachsen.de

Für das leibliche Wohl ist gesorgt.
Alle Mitglieder sind dazu recht herzlich eingeladen.

Im Auftrag des Vorstandes
Mike Natschke
Kreisgruppenvorsitzender





Struktur des Studiums in ...

... Sachsen

Die Ausbildung/das Studium an der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) in Rothenburg ist in zwei Fachrichtungen unterteilt: das Studium für den Computer- und Internetkriminalitätsdienst (CuIKD) und das klassische Studium für den Polizeivollzugsdienst. Das Studium für den CuIKD dauert aufgrund der Anrechnung eines notwendigen Vorstudiums im Bereich Informatik nur ein Jahr, welches in ein halbes Jahr Präsenzstudium an der Fachhochschule mit einigen Prüfungen und ein halbes Jahr Praktikum in einer Polizeienstelle aufgeteilt ist. Am Ende steht die Ernennung zum Kriminalkommissar im CuIKD und eine Verwendung in der Kriminalpolizei im Bereich Cybercrime oder beim Landeskriminalamt in der Abteilung 3 Cybercrime-Competence Center (SN4C). Dem gegenüber dauert das Studium für den Polizeivollzugsdienst als Polizeikommissaranwärterin oder Polizeikommissaranwärter drei Jahre. Als erstes startet das Studium der Beamten in Ausbildung mit einem Jahr Vorstudium, welches neun Monate Präsenzstudium in Bautzen und drei Monate Praktikum in einer Polizeidienststelle beinhaltet. Dabei müssen die ersten drei Module erfolgreich mit einer Prüfung bestanden werden. Im anschließenden Hauptstudium treffen die Anwärterinnen und Anwärter auf die Aufstiegsbeamten der sächsischen Polizei und absolvieren die beiden letzten Jahre gemeinsam mit ihnen in Rothenburg. Auf dem engen Studienplan stehen weitere zehn Module, welche abermals erfolgreich mit einer Prüfung bestanden werden müssen. Darunter fallen unter anderem die Bereiche Strafrecht, Polizeiverwaltungs- und Versammlungsrecht sowie Einsatzlehre, Psychologie und Verkehrsrecht. Bei erfolgreichem Abschluss erfolgt die Ernennung zum Polizei- oder Kriminalkommissar sowie eine Verwendung in den Polizeidienststellen des Freistaates Sachsen oder sogar als Fachlehrer in einer der Polizeifachschulen.

Jan Krumlovsky

... Sachsen-Anhalt

Das Studium wird an der Fachhochschule Polizei (FH Pol) in Aschersleben durchgeführt und wird durch das Gesetz über die Fachhochschule der Polizei (FH-PolG) geregelt.

Seit 2010 gibt es den Bachelorstudiengang „Polizeivollzugsdienst“ (B.A.), der bei ACQUIN e. V. akkreditiert wurde. Der Modulkatalog umfasst 13 Module, in denen 180 ECTS-Punkten erreicht werden können. Jedes Modul wird mit einer Modulprüfung abgeschlossen. Die Studiendauer beträgt 36 Monate und jeder Studienabschnitt dauert sechs Monate.

Das Einführungsstudium an der FH beinhaltet die Module 1 bis 3, die Basiskompetenzen für Studium und Beruf, sowie die Grundlagen der polizeilichen Handels und der Kriminalitätsbekämpfung beinhalten.

Darauf folgt das Grundpraktikum (Modul 4), in den ersten zehn Wochen wird in der PI Zentrale Dienst Abt. 2 Landesbereitschaftspolizei praxisorientiertes Basiswissen vermittelt. Unter anderem werden die Befähigungen zum Führen von Dienst-Kfz und dem Bedienen von Atemalkohol- und Geschwindigkeitsmessgeräten erworben. Die restliche Zeit des Praktikums wird in den BuE im Einsatzdienst absolviert.

Das Grund- und das Hauptstudium werden direkt nacheinander an der FH-Pol absolviert und beinhalten die Module 5 bis 9. In diesen Modulen werden polizeiliche und kriminalpolizeiliche Themen behandelt.

Im Modul 10 (Hauptpraktikum) gibt es unter anderem den Gruppenführerlehrgang in LBP und es wird der Leistungsnachweis für den Kriminaldienst und Führungstätigkeit erbracht.

Das Abschlussstudium umfasst die Module 10 bis 12 und mit der Bachelorthesis (Modul 13) wird der Nachweis über wissenschaftliches Arbeiten erbracht. Mit dem Bestehen der Bachelorprüfung, die sich aus den einzelnen Modulprüfungen zusammensetzt, erwirbt man die Laufbahnbefähigung für den Polizeivollzugsdienst Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt.

Jens Hüttich

... Thüringen

Die Zuständigkeit für das Studium im gehobenen Polizeivollzugsdienst ergibt sich aus § 7 des Thüringer Polizeiorganisationsgesetzes. Die zuständige Bildungseinrichtung hat die Aufgabe, den Bachelorstudienjahrgang innerhalb des Vorbereitungsdienstes durchzuführen. Das Studium gliedert sich in Module mit fachtheoretischen Studienzeiten (Vorlesungen, Übungen, Seminaren, Projekten, handlungsorientierten Trainings sowie Selbststudium) und berufspraktischen Studienzeiten. Die Vermittlung polizeispezifischer Fertigkeiten erfolgt in handlungsorientierten Modulen als Bestandteil der fachtheoretischen Studienzeit. Die Bachelorarbeit einschließlich ihrer Verteidigung bildet ein gesondertes Modul. Hier soll nachgewiesen werden, dass polizei-relevante Themen und die damit verbundenen Problemstellungen mit wissenschaftlichen Methoden selbstständig bearbeitet werden können. Für die Erstellung können die Studierenden bis zu sechs Wochen von der Anwesenheitspflicht freigestellt werden. Sie ist in einem mündlichen Prüfungsgespräch vorzustellen und zu verteidigen.

In jedem fachtheoretischen Modul ist eine Modulprüfung abzulegen. Voraussetzung ist das Bestehen vorhergehender Modulprüfungen. Handlungsorientierte und mündliche Prüfungen können als Einzel- oder Gruppenprüfungen durchgeführt werden. Nicht bestandene fachtheoretische Modulprüfungen, Praktika sowie der Bachelorarbeit und deren Verteidigung können einmal wiederholt werden. Hat ein Studierender eine im letzten Studienjahr abzulegende Modulprüfung endgültig nicht bestanden, kann ihm auf schriftlichen Antrag innerhalb von zwei Wochen das Prüfungsamt die Befähigung für den mittleren Dienst zuerkennen.

Das Bachelorstudium dauert drei Jahre und mit dem Bestehen wird die Verleihung des Abschlusses „Bachelor of Arts“ bekundet.

Monika Pape

